

Forschung und Innovation – Entbürokratisieren, Dynamisieren und wirksam Transferieren

Mehr Freiheit für Forschung und Innovation

Wissen und Innovation sind die zentralen Ressourcen industrieller Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität. Damit Ideen und Forschung zu Fähigkeiten und Innovationen werden, sind Rahmenbedingungen erforderlich, die Forschung **ermöglichen statt ausbremsen**. Dies betrifft den Maschinen- und Anlagenbau in besonderer Weise. Mit Produktionstechnologien fungiert die Branche als erfolgskritisches Bindeglied zwischen Forschung und industrieller Anwendung sowie technologisch souveräner Wertschöpfung in Europa. Als **Anwender und Enabler** neuester Technologien befähigt die Maschinenbauindustrie andere Branchen zu wettbewerbsfähiger und ressourceneffizienter Produktion. So auch im Zusammenhang der Hightech Agenda Deutschland. Nur durch Produktionstechnologien können die dort priorisierten Schlüsseltechnologien in Wertschöpfung überführt werden.

Der Maschinen- und Anlagenbau gehört zu den innovationsstärksten Industrien in Deutschland. Dies zeigt schon die Rolle als wichtigster Arbeitgeber von Ingenieurinnen und Ingenieuren, zuletzt 190.000. Drei von vier Unternehmen sind Innovatoren. Trotz angespannter wirtschaftlicher Lage befinden sich die Innovationsausgaben auf einem neuen Höchststand. Zugleich finanziert die Branche ihre Forschungsausgaben überwiegend selbst. Lediglich 4,6 % des investierten Kapitals kommen vom Staat (2023). Bei der staatlichen Forschungsförderung in Unternehmen sind andere Länder deutlich besser positioniert als Deutschland. Die Bedarfe der Unternehmen – finanziell, instrumentell und thematisch – gehören ins Zentrum der Innovationspolitik. Verfahren und Programmlogiken müssen besser zur industriellen Realität passen, dann entfaltet jeder Euro Förderung noch mehr Hebelwirkung in Wertschöpfung, Resilienz und Souveränität – mit Strahlkraft in die gesamte Volkswirtschaft.

Der **Dreiklang** aus **Projektförderung, Industrieller Gemeinschaftsforschung (IGF) und Forschungszulage**¹ ist der passfähige Instrumentenmix für den stark mittelständisch strukturierten Maschinen- und Anlagenbau (85 % kleiner 250 Beschäftigte). Die Projektförderung insbesondere in der Verbundforschung ist der strategische Hebel für Forschung in technologischen Schlüsselbereichen und die Vernetzung mit der Wissenschaft. Langwierige Prozesse, hoher Bürokratieaufwand und ineffektive Transferstrukturen führen hier jedoch zu einem Verlust an Schlagkraft. In Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte gilt es umso mehr, Effizienzreserven im System zu realisieren.

Das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sowie in der Hightech Agenda Deutschland angekündigte „Innovationsfreiheitsgesetz“ hat große Erwartungen geweckt. Gleichzeitig sind viele der für Unternehmen notwendigen Anpassungen auch auf untergesetzlicher Ebene geregelt. Selbstverständlich sollte auch hier angesetzt werden. Dabei müssen drei Hebel im

¹ [Positionspapier zur Forschungszulage](#)

Zusammenhang der Projektförderung im Fokus stehen: **Entbürokratisierung, Dynamisierung und Transferwirksamkeit**. Die nachstehenden Empfehlungen speisen sich direkt aus der Praxis des Maschinen- und Anlagenbaus und wurden wesentlich vom innovationspolitischen Spitzengremium des VDMA, dem Ausschuss Forschung und Innovation, erarbeitet.

1. Entbürokratisierung: durchgängige, schlanke und digitale Projektadministration

Bürokratie in Forschung und Innovation schwächt den Standort. Heterogene Vorgaben, hohe Detailanforderungen und uneinheitliche Prozesse führen in der Forschungsförderung zu administrativen Belastungen, die über alle Förderebenen hinweg auftreten. Diese strukturellen Ineffizienzen binden Ressourcen, erschweren eine zielgerichtete Projektumsetzung und stehen einer wirksamen Förderung von Forschung und Innovation im Weg. Konkrete Problemstellungen sind:

- **Uneinheitlichkeit der Förderebenen:** Unternehmen sind bei unterschiedlichen Förderebenen und Förderformaten mit jeweils eigenen Anforderungen an die Projektadministration konfrontiert. Neben dem zunehmenden Umfang in der Berichterstattung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene umfasst dies auch die Dokumentation der Projekte.
- **Hohe Projektnebenkosten:** Geförderte Projekte gehen mit hohen Forschungsnebenkosten einher. Zum einen umfasst dies für die Forschung erforderliche, aber nicht förderfähige Positionen. Zum anderen entstehen solche Kosten durch Anforderungen der Förderung (Antrag, Verwendungsnachweise, Abgrenzung übergreifender Kostenpositionen), wodurch die reale Förderquote sinkt.
- **Hoher Antragsaufwand durch frühe Detailtiefe und Mehrfacherfassung:** Die Erstellung von Skizzen und Vollarträgen sowie deren administrative Beantragung ist sehr zeitintensiv. Die frühe und kleinteilige Detailtiefe bei Arbeitspaketen, Anschaffungen und Regelungen grenzen Projekte stark ein, was dem Charakter ambitionierter und innovativer Forschung widerspricht. Die daraus resultierende Länge von Projektanträgen (teils mehr als 50 Seiten) erhöht auch den Begutachtungsaufwand erheblich. Formulare der Beantragungsportale mit redundanter Datenerfassung (z. B. Personalkosten, Zeitpläne, Meilensteine) verstärken das Problem unnötig.
- **Hoher Aufwand für Nachweise und Berichtspflichten:** Nachweise und Berichtspflichten gehen mit einem hohen Aufwand einher, der durch administrative Anpassungen vermindert werden könnte. Dies umfasst unübersichtliche und intransparente Formulare, kleinteilige Stunden- und Meilensteinnachweise bis hin zu komplexen Verwendungsnachweisen und hohem Dokumentationsaufwand für in der Praxis weniger relevante technische Details.
- **Stundengenaue Personalabrechnung:** Die in vielen Programmen geforderte personen- und stundengenaue Abrechnung ist häufig mit papierbasierten, manuellen Prozessen (handschriftliche Erfassung, Ausdruck, Unterschrift) verbunden und bindet erhebliche

Ressourcen. Dies führt zudem zu einem erhöhten Koordinationsaufwand und einem unflexibleren Einsatz von Projektmitarbeitenden.

- **Übermäßige Abschlusslast:** Der Aufwand für Abschlussberichte und Verwendungsnachweise ist deutlich gestiegen und wirkt teils „Audit-ähnlich“. Zudem bestehen Nachweis- und Berichtspflichten noch Jahre nach Projektabschluss, obwohl personen- und zeitbezogene Zuordnungen dann nur noch schwer belegbar sind (Spannungsfeld Datensparsamkeit vs. Nachweispflichten). Zudem sind Prüfungen oft unverhältnismäßig detailliert (bspw. Belege für Kleinstbeträge), haben unklare Prüfmaßstäbe, und erfordern die hausinterne Koordination mehrerer Ansprechpartner.
- **„Förderdschungel“:** Die Förderlandschaft ist für Unternehmen schwer zu überblicken und weist Doppelungen auf. So besteht beispielsweise eine große Überschneidung zwischen der Einzelprojektförderung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) und der Forschungszulage. Auch bei der ZIM-Netzwerkförderung sind Überlappungen, hier wiederum zur IGF, vorhanden – beide Instrumente zielen im Schwerpunkt auf Forschung in Innovationsnetzwerken.

Der wirksame Bürokratieabbau in der Forschungsförderung erfordert pragmatische und durchgängig digitale Lösungsansätze sowie schlankere Förderbedingungen. Trotz positiver Entwicklungen im Rahmen der Digitalisierung, etwa durch „easy-Online“ und „profi-Online“, bleiben viele Prozesse zu komplex, papiergebunden und ressourcenintensiv. Durch klare Vereinheitlichungen, digitale Verfahren und vereinfachte Prüf- und Berichtspflichten können spürbare Entlastungen entstehen. Weniger Bürokratie ist mehr Freiheit für Forschung und Innovation. Konkret muss dazu berücksichtigt werden:

- **Fokussierung des zweistufigen Antragsverfahrens:** Die Kombination aus kürzeren Projektskizzen (z.B. fünf Seiten), fokussiert auf Darstellung und Bewertung des Innovationsgrades, und Vollerträgen, die Budgets, Zeitpläne und Arbeitspakete abbilden, würde die Antragsstellung beschleunigen und den Aufwand für Antragssteller und Projektträger senken.
- **End-to-end digitale Antragstellung:** Nutzerfreundliche digitale Portale basieren auf einheitlichen Standards, die insbesondere die Nutzung durch den Antragssteller adressieren. Erwartbare Funktionen wie das Zwischenspeichern oder moderne papierfreie Verfahren wie digitale Freigaben und Signaturen müssen durchgängig ermöglicht werden.
- **Harmonisierung der Förderadministration:** Die Vereinheitlichung der Anforderungen an die Projektadministration von der Antragsstellung bis zum Projektabschluss für gleichartige Förderformate auf einer zentralen digitalen Plattform vereinfacht die Projektadministration und würde den Bürokratieaufwand reduzieren. Doppelstrukturen zwischen Ministerien und föderalen Ebenen müssen vermieden werden.
- **Einführung pauschaler Stundenabrechnung:** Die Möglichkeit pauschaler Stundenabrechnungen im Projektverlauf und nachgelagerter Bestätigung bei

Projektabschluss sowie die Anerkennung etablierter digitaler Zeiterfassungssysteme statt kleinteiliger und Papier-lastiger Stundennachweise würde die Projektadministration erheblich vereinfachen.

- **Berücksichtigung der Projektnebenkosten:** Overheads zur Minderung der hohen Projektnebenkosten sollten in der Förderung berücksichtigt werden. Eine Möglichkeit ist die Einführung bürokratiearmer Pauschalen, wie sie seit 2026 auch bei der Forschungszulage umgesetzt wird.
- **Anpassung der Berichtspflichten und -intervalle:** Berichtsintervalle und ähnliche Nachweispflichten müssen zusammengefasst werden. Teilweise wird dies bereits umgesetzt, muss jedoch umfassend Anwendung finden; die Berichtsintervalle sind auf ein Minimum zu beschränken.
- **Standardisierung und Verschlinkung des Projektabchlusses:** Umfang und Redundanzen bei Abschlussberichten und Zusatzdokumenten gilt es zu reduzieren bzw. aufzulösen, um den nicht förderfähigen Overhead zu senken.
- **Etablierung digitaler, ortsunabhängiger und risikoabhängiger Prüfprozesse:** Remote-Prüfungen auf Basis digitaler Dokumente und klarer Upload- und Freigabeprozesse reduzieren Papieraufwand sowie Reise- und Zeitkosten auf beiden Seiten. Eine risikobasierte Prüfung (z. B. vertieft nur bei Verdachtsfällen) sowie ein zentraler Ansprechpartner (Projektleitung) würden die Prüfungspraxis vereinfachen.
- **Fokussierung der Instrumente:** Die Unternehmen brauchen ein besseres Zusammenspiel der Förderinstrumente, sodass passende Angebote schnell identifiziert und genutzt werden können. Die Förderstruktur gilt es zu vereinfachen und Förderprogramme zu schärfen, dies nach dem Motto „weniger statt viele mit gleichem Fokus“. Die Forschungszulage hat Vorzüge gegenüber der ZIM-Einzelprojektförderung und die IGF ist das breitenwirksamere Instrument verglichen zur ZIM-Netzwerkförderung. Der Abbau von Doppelstrukturen steigert die Effektivität der Förderlandschaft, wenn die freiwerdenden Mittel aus dem ZIM zur finanziellen Stärkung der IGF herangezogen werden.

2. Dynamisierung: Beschleunigung der Förderlogik und agile Projekte

„One size fits all“ entspricht nicht der industriellen Realität. Technologieentwicklung braucht heute mehr denn je agile Rahmenbedingungen. Viele Programme der Projektförderung setzen enge Vorgaben zu Technology Readiness Level (TRL), Technologiefokus, Laufzeit und Kooperationsstruktur, die schnelle Technologiewechsel und iterative FuE-Prozesse, wie sie im Maschinen- und Anlagenbau erforderlich sind, nicht abbilden. Besonders marktnahe, zeitkritische Vorhaben scheitern an starren Bekanntmachungen. Die Dynamik der Förderung von FuE im Maschinenbau wird wesentlich gehemmt durch:

- **Frühphasige und wenig industriennahe Programme:** Der starke Fokus auf Grundlagen- bzw. frühe Forschungsphasen adressiert den Bedarf an höherem TRL, Skalierung und

Engineering-getriebener Weiterentwicklung nur unzureichend. Enge technische Programmbeschreibungen erschweren die Passfähigkeit für angewandte und iterative FuE der industriellen Praxis.

- **Begrenzte Förderfähigkeit von Unternehmen aller Größenklassen:** Die starke Konzentration auf KMU und Start-ups in vielen Programmen begrenzt die Einbindung und Förderung von Unternehmen jenseits der KMU-Definition, obwohl gemischte Konsortien die Qualität der Projekte und Verwertung verbessern. Die IGF ist hierbei ein positives Beispiel. Gerade KMU, die lediglich 16 % des Volumens an internen FuE-Aufwendungen im Maschinenbau ausmachen, können so von Know-how und Forschungsvolumen mittelgroßer (26 %) und großer Unternehmen (58 %) profitieren².
- **Enge formale Anforderungen an Konsortien:** Die Passfähigkeit geförderter Konsortien stellt eine zentrale Herausforderung dar, da Programmvorgaben nicht immer mit den Anforderungen von Projekterfolg und Mehrwert übereinstimmen. Die Konsortialbildung ist zeitintensiv und administrativ belastend. In der Praxis werden Verbünde teilweise zur Erfüllung formaler Anforderungen vergrößert, auch wenn der fachliche Fit nicht optimal ist und kleine Konsortien oft effizienter arbeiten.
- **„Hektik-Bürokratie“:** Für viele Bekanntmachungen sind kurzfristige Veröffentlichungen und Abgabefristen bis zur Skizzeneinreichung die Regel. Dies erschwert die Aufstellung geeigneter Konsortien sowie die langfristige Planung von Forschungsprojekten.
- **Lange Beantragungs- und Begutachtungszeiträume:** In der Beantragung von Förderprojekten sind die Vorlaufzeiten von Skizzen- und Antragseinreichung bis zum Förderbescheid zu langwierig. Begutachtungszeiten z.B. von einem Jahr sind nicht gerechtfertigt bei Projektlaufzeiten von drei Jahren. In Verbindung mit dem Verbot eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns führt dies zur Verzögerung zeitkritischer Projekte und hemmt die Innovationsdynamik des Standorts.
- **Starre Budgetlogik:** Tatsächliche Kosten, Beschaffungen und Aufwandstreiber bei innovativen Vorhaben werden oft erst im Projektverlauf sichtbar. Kurzfristig erforderliche Umwidmungen zwischen Personal- und Sachkosten sind nur in engen Spielräumen möglich und mit zeitaufwändigen Genehmigungen verbunden. Auch Laufzeitverlängerungen erfordern aufwändige Begründungs- und Prüfprozesse.
- **Späte und unplanbare Auszahlungen:** Mittel werden häufig nachgelagert, nicht linear und abhängig von Haushaltslagen ausgezahlt. Die fehlende Planungssicherheit verschlechtert die Planbarkeit der Cash-Effekte und führt dazu, dass Projekte kleiner zugeschnitten und Risiken eher vermieden werden. Ambitionierte Projekte werden dadurch gehemmt.

Zur Dynamisierung der Forschungsförderung müssen Förderprogramme stärker an realen Forschungs- und Entwicklungsprozessen, branchenspezifischen Bedarfen und industriellen Innovationszyklen ausgerichtet werden. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Projekte

² [Statistik: Forschung und Innovation im Maschinenbau](#)

zünftig starten, Konsortien sinnvoll aufgestellt werden und Unternehmen ihre Innovationsvorhaben agil und ohne vermeidbare strukturelle Hürden umsetzen können. Die Dynamisierung der Forschungsförderung umfasst im Wesentlichen:

- **Durchsetzung flexibler Förderrahmen:** Förderbedingungen sollten branchenübliche Entwicklungsphasen und Forschungsdynamiken abbilden, einschließlich schneller Technologie- und Richtungswechsel sowie interdisziplinärer Vorhaben. Auch kürzere Projektlaufzeiten sollten ermöglicht werden.
- **Ermöglichung marktnäherer Projekte:** Für zeitkritische, marktnahe Innovationen sollten Programme höhere TRL und Skalierung explizit adressieren und sich stärker an den technischen und thematischen Herausforderungen orientieren, statt in den zu engen Kategorien „Grundlagenforschung“, „industrielle Forschung“ oder „experimentelle Entwicklung“ verhaftet zu bleiben. Die Einführung einer neuen Kategorie „angewandte Forschung“, wie es in der AGVO-Überarbeitung von der EU-Kommission vorgesehen ist, bietet bei einer anzustrebenden Förderquote von 50% erhebliches Vereinfachungspotenzial in der Projektförderung.
- **Einbindung der Industrie in die Programmentwicklung:** Förderziele sollten stärker an konkreten Bedarfen der Industrie ausgerichtet werden. Eine stärkere Branchenspezialisierung und Anwendungsnähe kann die Passfähigkeit von Programmen erhöhen. Dazu muss die Industrie stärker in die Programmentwicklung eingebunden werden. Zudem sollten Rahmenbedingungen (bspw. Förderschwerpunkt, Adressatenkreis) von Bekanntmachungen bereits vor Veröffentlichung skizziert und kommuniziert werden. Dadurch wird eine frühzeitige Vorbereitung von Konsortien und Integration in die Unternehmensstrategie ohne Zeitverlust möglich.
- **Beschleunigung des Maßnahmenbeginns:** Der Zeitraum zwischen Skizzeneinreichung und Maßnahmenbeginn muss verkürzt werden. Dazu sollten die Evaluierungszeiträume durch Ministerien und Projektträger auf ein Minimum reduziert und für mehr Transparenz auch klar kommuniziert werden. Ergänzend muss ein förderunschädlicher Projektstart unmittelbar nach Antragseinreichung auf eigenes Risiko zugelassen werden. Dies ohne die zusätzliche Voraussetzung einer Bewilligung oder einer gesonderten Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Angesichts der zunehmenden internationalen Innovationsdynamik sind Verzögerungen von Forschungs- und Innovationsaktivitäten durch Förderregularien nicht tragbar.
- **Praxisorientierte Konsortialanforderungen:** Das Konsortium muss sich an dem Projektziel orientieren und nicht umgekehrt. Allein die Qualität des Forschungsvorhabens und entsprechend die Passfähigkeit des Konsortiums sollten im Vordergrund stehen.
- **Agilere Laufzeit und Projektplanung:** Mehrstufige Vorhabenförderung mit definierten Meilensteinen und projektinterner Zwischenevaluierung (Fortführung, Anpassung oder Beendigung) erhöhen die Steuerbarkeit und Effizienz durch Anpassung an aktuelle technische Entwicklungen. Laufzeitverlängerungen und -verkürzungen sollten bei

nachweislich planmäßigem Projektfortschritt und Kostenneutralität mit geringem administrativem Aufwand möglich sein.

- **Flexibilisierung der Mittelverwendung:** Projektinterne Budgetanpassungen sollten bis zu klar definierten Toleranzgrenzen ohne formale Genehmigung möglich sein und durch ein projektbezogenes Pufferbudget ergänzt werden. Dadurch entstehen Handlungsspielräume für ungeplante Aufwendungen und technologische Anforderungen. Eine verschiebungsfreundlichere Systematik der Nebenbestimmungen würde zudem die Anpassung an ungeplante Ausgaben und veränderte Prioritäten im Projektverlauf ermöglichen und praxistauglichere Rahmenbedingungen schaffen. Der bestehende Rahmen muss dahingehend ausgeschöpft und erweitert werden.
- **Schnellere und planbarere Auszahlungen:** Schnellere, verlässlichere Mittelabrufe reduzieren Vorfinanzierung und verbessern die Planbarkeit für Unternehmen.

3. Transferwirksamkeit: industrienähe Transferstrukturen für mehr Breitenwirkung

Der Transfer von Forschungsergebnissen in die industrielle Praxis bleibt hinter seinem Potenzial zurück. Fehlende Übersichtlichkeit und wenig praxisorientierte Transfermechanismen erschweren es Unternehmen, relevante Ergebnisse zu identifizieren und in marktwirksame Innovationen zu überführen. Gerade im stark mittelständisch strukturierten Maschinen- und Anlagenbau gehen Potenziale verloren. Besonders ins Gewicht fallen:

- **Mangelnder Zugang und fehlende Übersichtlichkeit in Bezug auf Forschungsergebnisse:** Bestehende Transfermaßnahmen sind oft industriefern aufgestellt. Es fehlt ein zentraler Überblick über Projektergebnisse sowie eine strukturierte Auswertung der industriellen Verwertbarkeit. Hinzu kommt, dass Veröffentlichungen für eine industrielle Bewertung häufig unzureichend sind, um die Erkenntnisse in die Praxis übertragen zu können.
- **Wissensabfluss aus öffentlich geförderter Forschung:** In strategisch relevanten Technologiefeldern werden Projektergebnisse und Know-how aus öffentlich geförderten Vorhaben teils ohne ausreichende schutz- und standortbezogene Verwertungslogik veröffentlicht oder über Kooperationen und Partnerstrukturen einseitig abgezogen. Davon können systemische Wettbewerber profitieren und negative Effekte auf die europäische Technologieführerschaft und Souveränität wachsen.
- **Teils geringe Relevanz der Forschungsergebnisse in der Breite:** Ergebnisse sind oft nur eingeschränkt auf andere Unternehmen übertragbar (abweichende Technologien, Ausgangslagen, Rahmenbedingungen, geringe Skalierbarkeit).
- **Unklare IP und Fördervorgaben:** Die Verwertung von Forschungsergebnissen wird teilweise durch langwierige Klärung von Eigentumsrechten ausgebremst.
- **Ineffektive Transferanreize für angewandte Forschung:** In der Erfolgsmessung des Transfers haben sich ineffektive Indikatoren etabliert. Kennzahlen orientieren sich vielfach

an Publikationen, während für anwendungsorientierte Forschung praxisnahe Indikatoren wie Patente, Erfindungen, Transferformate, Ausgründungen, Trainings zu wenig berücksichtigt werden.

Um den Transfer aus der Forschung in die industrielle Anwendung wirksam zu stärken, müssen Transparenz, Verwertungslogik und Anreizstrukturen grundlegend modernisiert werden. Es bedarf neuer, verbesserter und industrienaher Strukturen, um Ergebnisse auffindbar zu machen, ihre praktische Relevanz zu erhöhen und den Übergang in marktwirksame Technologien systematisch zu erleichtern. Die Steigerung der Effektivität des Transfers erfordert:

- **Aufbau von Transferplattformen:** Für einen wirksamen Technologietransfer braucht es branchenübergreifende Plattformen und Netzwerke, welche die Projektergebnisse übersichtlich bündeln, deren industrielle Verwertbarkeit systematisch aufbereiten und den direkten Austausch zwischen Forschung, Industrie und Anwendern ermöglichen. Diese Plattformen und Netzwerke reduzieren Transferhemmnisse, erhöhen die Transparenz und beschleunigen den Übergang in höhere TRL-Stufen. Die Netzwerke der IGF im Maschinenbau, eingebettet in den VDMA, leisten dies und nutzen Normungs- und Standardisierungsstrukturen, Kongresse, Messen sowie Aus- und Weiterbildungsinstrumente für den Transfer.
- **Transferbudgets:** Transfer ist ein wesentlicher Bestandteil der Projektförderung, um Ergebnisse in die Breite der Wirtschaft zu tragen. Damit dieser auch umgesetzt werden kann, muss Transfer auch fester Bestandteil von Förderprogrammen und im Budget vorgesehen sein.
- **Steigerung der Breitenwirksamkeit von Forschungsergebnissen:** Der Prüf- und Bewertungsfokus sollte in der Antragsphase stärker auf die Qualität, Breitenwirksamkeit und Umsetzung der Verwertungsmaßnahmen abzielen. Verwertungsnachweise sollten schlank, standardisiert und auf wesentliche Transferbelege ausgerichtet werden.
- **Forschungssicherheit durch Leitplanken verankern:** Für öffentlich geförderte Forschung, insbesondere in strategisch sensiblen Technologiefeldern, sind verbindliche Leitplanken und Prozesse zur Gewährleistung der Forschungssicherheit zu installieren. Diese sollten von Bund, Ländern und EU gemeinsam mit Wissenschaft und Industrie zur Vermeidung von Wissensabfluss erarbeitet werden. Gleichzeitig sollte auch gezielt international kooperiert werden, um Wissenszuwächse und Transfer in den heimischen Innovationsraum zu ermöglichen.
- **Etablierung praxisorientierter Erfolgsindikatoren:** Erfolgskennzahlen für anwendungsorientierte Forschung sollten hin zu verwertungsnahen Outputs (z.B. Patente, Erfindungen, Pilotierungen, Transferformate, Ausgründungen, Trainings) entwickelt werden. Dies mit klaren Verwertungsregeln, um den direkten Transfer durch Unternehmen und Kooperationen stärker zu incentivieren.

4. Übergreifende Hebel für eine effiziente Forschungsförderung

Bürokratieaufwand, fehlende Dynamik und begrenzte Breitenwirksamkeit im Transfer haben gemeinsame Ursachen: eine fragmentierte Förderlandschaft mit medienbruchbehafteten Verfahren sowie eine geringe und zu spät ansetzende Einbindung der Industrie in die Programmentwicklung und Ausgestaltung des Transfers. Zwei übergreifende Maßnahmen adressieren diese Schnittstellen:

- **Aufbau eines One-Stop-Shops für die Projektadministration:** Mit einer zentralen, durchgängig digitalen Plattform sollte ein einheitlicher Zugang zur Forschungsförderung – von der Bekanntmachung über die Antragstellung bis zu Projektadministration und Projektabschluss – geschaffen werden. Kern ist ein festes Nutzerprofil mit Wiederverwendung von Stammdaten, Nachweisen und Projektbausteinen über Programme und Ebenen hinweg (Bund, Länder und idealerweise auch EU) auf Basis einheitlicher Standards und Datenmodelle. Bestehende, gut funktionierende Bausteine (z. B. Förderdatenbank, Förderberatung „Forschung und Innovation“, Förderzentrale Deutschland, easy-Online, profi-Online) sollten integriert und zu einer medienbruchfreien zentralen digitalen Anlaufstelle zusammengeführt werden. Dies ermöglicht klare und einheitliche Workflows für Änderungen, Mittelabrufe und Verwendungsnachweise. Alle verbleibenden Potenziale der Digitalisierung müssen realisiert werden. Ziele sind weniger Mehrfacherfassung, höhere Transparenz und Planbarkeit, geringerer administrativer Overhead bei gleichzeitig höherer Datenqualität und effizienteren Prüfprozessen.
- **Einrichtung einer branchennahen Dialog- und Transferplattform:** Erfolgreicher Transfer beginnt mit der Identifikation der richtigen Forschungsbedarfe. Die Einrichtung einer Dialog- und Transferplattform als zentrale Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Industrie adressiert den Transfer nicht erst am Projektende, sondern sichert die Wirksamkeit bereits vor der Bekanntmachung. Die frühzeitige und strukturierte Einbindung von Industrie und Wissenschaft ermöglicht die Identifikation von Forschungsbedarfen, Ableitung passfähiger Förderlogiken (Ziele, TRL-Fokus, Adressatenkreis, Konsortiallogik, Transferanforderungen) und bietet frühzeitige Orientierung für geplante Programmkorridore. Gleichzeitig sollte eine solche Plattform geförderte Vorhaben frühzeitig für den Transfer begleiten und eine zentrale Ergebnis- und Disseminationsstruktur bereitstellen (praxisnahe Aufbereitung, Auffindbarkeit, Veranstaltungen, Trainingsformate). Im Maschinen- und Anlagenbau kann diese Plattform unter anderem als Brücke zwischen den Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda Deutschland und den Produktionstechnologien als Enabler wirken.

Kontakt:

[Redacted]

Telefon: [Redacted]

E-Mail: [Redacted]

[Redacted]

VDMA Forschung & Innovation

Telefon: [Redacted]

E-Mail: [Redacted]

Redaktion:

[Redacted]

VDMA Forschung & Innovation

Telefon: [Redacted]

E-Mail: [Redacted]

Lobbyregister: R000802

EU-Transparenzregister ID: 9765362691-45

[vdma.eu](https://www.vdma.eu)